

# Erzgeb. Volksfreund

## Tageblatt und Amtsblatt

für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Gartenstein, Johannsgeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Telegraphen-Adresse:  
Volksfreund Schneeberg.

Korrespondenten:  
Schneeberg 10.  
Aue 81  
Schwarzenberg 19.

Nr. 33

Donnerstag, den 10. Februar 1910.

68. Jahrg.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume können bei der königlichen Amtshauptmannschaft

Freitag, den 11. und Sonnabend, den 12. dieses Monats nur dringliche Sachen erledigt werden.

Zwickau, den 7. Februar 1910.

Königliche Amtshauptmannschaft.

### Im Namen des Königs!

In der Strafsache

gegen den Geschworführer Alfred Albert Lorenz in Schneeberg wegen Verleumdung und Bedrohung hat das königliche Schöffengericht zu Schneeberg in der Sitzung vom 11. November 1909, an der teilgenommen haben

1. Amtsrichter Dr. Gase, als Vorsitzender,
2. Stadtmaschinenbesitzer Vogel,
3. Korkschneider Gaußtein, beide in Neustädtel, als Schöffen,
4. Gerichtsassessor Dr. Roscher, als Beamteter der Staatsanwaltschaft,
5. Expedient Rannmann, als Gerichtsschreiber,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte Alfred Albert Lorenz wird wegen öffentlich begangener Beamtensbeleidigung in zwei Fällen und wegen Bedrohung zu einer Geldstrafe von

fünfzig Mark

verurteilt, an deren Stelle im Falle der Uneinbringlichkeit

zehn Tage Gefängnis

zu treten haben, und hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Den Verurteilten, dem Schürmmeister Vogel und dem Weichenwäcker Jodisch, wird jedem für sich die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung wegen der Verleumdung durch einmaligen Abdruck des Urteilsauspruchs im Erzgebirgischen Volksfreund auf Kosten des Verurteilten öffentlich bekannt zu machen, jedoch nur, wenn es von ihnen binnen einer Woche nach Zustellung der ihnen nach Rechtskraft des Urteils zu erteilenden Urteilsausfertigung beantragt wird.

Auf Blatt 83 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Richard Jacobi, Schuhwarenfabrik in Gartenstein und als deren Inhaber der Schuhmachermeister Richard Jacobi daselbst eingetragen worden.

Gartenstein, den 7. Februar 1910.

Königliches Amtsgericht.

### Die Gefahr der Friedensbewegung.

Ueber die Gefahr der Friedensbewegung äußert sich der bekannte Staatsrechtler Prof. Dr. v. Stengel in dem Heft der „Deutschen Revue“ folgendermaßen: „Eine bedenkliche Erscheinung der Friedensbewegung ist, daß sie nicht bloß den kriegerischen, sondern auch den männlichen Geist im Volke zu unterdrücken sucht. Deshalb werden sämtliche Kriege in Bausch und Bogen als Raub- und Eroberungszüge behandelt und die Armeen den Raub- und Worbrennerbanden gleichgestellt. Tüchtige Feldherren, die bisher gepriesen und verehrt, und tapfere und pflicht-treue Offiziere und Soldaten, die bisher geachtet wurden, sollen in Zukunft als Führer und Mitglieder von Räuber- und Worbrennerbanden der Verachtung anheimgegeben werden. Die kriegerischen Heldentaten, die bisher in Wort und Bild bei allen Völkern verherrlicht wurden, sollen in Zukunft den Verbrechen gleichgestellt werden, deren Verübung die Ausrottung aus der menschlichen Gesellschaft zur Folge hat. Um den kriegerischen und männlichen Sinn im Volke zu untergraben, arbeiten die Pazifisten darauf hin, schon in der heranwachsenden Jugend für ihre Anschauungen den Boden vorzubereiten; aus den Schullehrbüchern sollen daher auch alle patriotischen und von kriegerischen Heldentaten handelnden Lieder gestrichen werden. Natürlich gilt auch das herrliche „Meisterlied“ unseres unsterblichen Schillers als ein verabscheuungswürdiges Nachwerk. Es zeigt sich darin der jämmerliche feministische Zug unserer Zeit, wie auch die Tatsache, daß Frauen in der Friedensbewegung eine so große Rolle spielen, die nahe Verwandtschaft dieser Bewegung mit der Frauenbewegung, die schon so viele unerfreuliche Erscheinungen hervorgerufen hat, beweist. Allerdings scheint, wie namentlich unsere Helden in Schwedenskränzen gezeigt haben, die Gefahr noch nicht groß, daß dem deutschen Volke die Waffenfreudigkeit und der Lobesmut der Germanen so bald verloren gehen werden. Es heißt aber in solchen Dingen Principia obsta; es muß verhütet werden, daß in der heranwachsenden Jugend die pazifistischen Ideen Platz greifen und der heldenmütige und kriegerische Sinn in unseren Männern unterdrückt wird, während vor dem Willkürdiktat sich geltend macht und die Aufopferung für das Vaterland als eine Last und Ungehörigkeit erscheint. . . . Bei der Eignung gegen die Friedensbewegung handelt es sich nicht also bloß darum, darzulegen, daß die auf Einführung des Grundgesetzes des obligatorischen Wehrdienstes und der Schaffung eines Wehr-

föderation und Abschaffung des Krieges abzielenden Bestrebungen verfehlt und undurchführbar sind, sondern hauptsächlich darum, gegen die mit der Friedensbewegung verbundene kosmopolitische Gesinnung Widerstand zu erheben und zu verhüten, daß im deutschen Volke eine unmannliche, weibliche Richtung Platz greift, da dies für unsere ganze politische und nationale Entwicklung die bedenklichsten Folgen haben dürfte. Von diesem Standpunkte aus gewinnt die Bekämpfung der sogenannten Friedensbewegung eine Bedeutung, wie sie größer nicht gedacht werden kann. Es handelt sich darum, ob die Völker der weißen Rasse es verstehen, sich die Eigenschaften zu bewahren, die sie befähigen, gegen die gelbe und schwarze Rasse dauernd die Vorherrschaft in politischer, wirtschaftlicher und auch geistiger Hinsicht zu erhalten.“

### Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin, 8. Februar. Ein Besuch des Kaisers in Wilhelmshaven steht, wie verlautet, für den 8. März bevor. Im Anschluß an seinen dortigen Aufenthalt gedenkt der Kaiser eine Besichtigungstour nach Helgoland zu unternehmen, die den im Ausbau befindlichen Hafenanlagen gilt. Auch sollen hierbei die Schutzbauten in der Nähe vom Blochhorn in Augenschein genommen werden. Von Helgoland begibt sich der Kaiser nach Bremerhaven, von wo voraussichtlich eine ein- bis zweitägige Fahrt mit dem Lloyd-Dampfer „Wilhelm II.“ unternommen werden wird.

Berlin, 8. Februar. General der Kavallerie v. Pfuhl, Generalinspektor des Militär-Erziehungs- und Erziehungswezens, tritt demnächst in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger ist General v. Fagwitz, Kommandeur der 2. Division, bestimmt, der früher Kommandeur des Hauptkadettenanstalt in Wahlstatt gewesen ist.

Berlin, 8. Februar. Besuch Roosevelts in Berlin. Es steht nunmehr fest, daß der frühere Präsident der Vereinigten Staaten Roosevelt am 28. April in der Reichshauptstadt eintreffen wird, wo er zwei Tage lang verweilen wird.

Berlin, 8. Februar. (Aus Belfeldt-Wffara.) Staatsrat v. Dynowski, der im Auftrage der russischen Regierung gegen Ende vorigen Jahres in Berlin weilte, um mit Herrn v. Belfeldt wegen seiner Ansprüche gegen das russische Kriegsministerium zu verhandeln, ist wieder hier eingetroffen. Er bringt eine Reihe von

das die russische Regierung Vergleichsverhandlungen mit Herrn v. Belfeldt einzuleiten beabsichtigt, erklärte Herr v. Dynowski, daß daran nicht zu denken sei. Die russische Regierung habe im Gegenteil bereits durch Mittelpersonen an sie gerichtete Vergleichsvorschläge Belfeldts abgewiesen. Gerade in der letzten Zeit habe sie neues Material in der Angelegenheit erhalten, das stark gegen Herrn v. Belfeldts Ansprüche spreche.

Berlin, 8. Februar. (Das Reichs- und preussische Staatsanleihen.) Nach jetzt vorliegenden Mitteilungen sind auf die vierprozentigen Anleihen des Reichs und Preussens gezeichnet worden 469 Millionen Mark Reichsanleihe und 264 Millionen Mark preussische Anleihe, insgesamt 733 Millionen Mark, darunter von den Sparkassen etwa 50 Millionen Mark. Auf Sparkassen sind gezeichnet 122 Millionen Mark auf die gesamten Anleihen, auf Schuldbeiträgen insgesamt 152 Millionen Mark.

Hamburg, 8. Februar. (Die Hamburger Bürgerstimmwahlen.) Bei den heutigen Stimmwahlen zu den allgemeinen Wahlen zur Bürgerstimmwahl wurden in den drei Wahlbezirken die drei Kandidaten der vereinigten Liberalen mit großer Mehrheit gewählt, so daß nunmehr die vereinigten Liberalen vier Sitze, die Nation und die Linke je einen Sitz gewinnen, während die Sozialdemokraten einen und das linke Zentrum fünf Sitze verlieren.

Danzig, 8. Februar. Oberbürgermeister Gless, Mitglied des Herrnhäuser, ist heute nach an Herzlähmung gestorben.

Weimar, 8. Februar. (Sachsen-Weimar und die Schiffsfahrtsabgaben.) In der heutigen Sitzung des Landtags erklärte der Departementschef Dr. Paulsen in Erwiderung auf eine Anfrage über die Haltung der weimarschen Regierung in der Frage der Schiffsfahrtsabgaben, daß an dieser Vorlage, wie sie jetzt vorliegt, kein Anstoß mehr genommen werden könne, da sie lediglich eine Verfestigung der Wasserverkehrswege durch Erhöhung der Interessenten bezwecke, im übrigen aber in großem Maße eine einseitige Belastung auf dem wasserwirtschaftlichen Gebiete schreie.

Prag, 8. Februar. (Aus dem böhmischen Landtage.) In der heutigen Sitzung des Landtags wurde eine Erklärung der tschechischen Abgeordneten gelesen, in der die tschechischen Abgeordneten für die

Freitag und Sonnabend, den 11. und 12. Februar 1910 bleiben unsere Expeditionen einschl. der Sparkasse, vorzunehmender Reinigung halber geschlossen.

Dringliche Angelegenheiten sind in der Ratsexpedition anzubringen. Schneeberg, am 8. Februar 1910. Der Stadtrat. Dr. von Woydt.

### Ein Hühnerhund

etwa 70 cm hoch, von brauner Farbe, (weißgesprenkelt) ist ohne Steuernachherrenlos hier zugekommen. Der Eigentümer kann denselben gegen Erstattung der entstandenen Kosten bis Donnerstag, den 10. d. Mts. mittags 12 Uhr abholen. Sollte er bis dahin nicht abgeholt worden sein, so werden wir über ihn verfügen. Rat der Stadt Aue, am 9. Februar 1910.

### Öffentl. Sitzung der Stadtverordneten zu Schneeberg

Donnerstag, den 10. Februar 1910, abends 6 Uhr.

### Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung zu Aue

am 10. Februar 1910, nachmittags 6 Uhr, im Stadtv.-Sitzungssaal.

Tagesordnung:

1. Kenntnisnahme vom Dankschreiben der Frau verw. Fischer.
2. Aendernde Abänderung des Biersteuerregulativs.
3. Anbringung von Apparaten zur Reduktion der Leistungen an dem Ammoniak-Kompressoren im Schlachthofe.
4. Erbauung einer befahrbaren Brücke über die Mulde beim einer Straße vom Ernst Wegner-Platz nach dem Fischer'schen Grundstücke in der Bahnhofstraße (16).
5. Antrag der Herren Stadtverordneten Ströbe, Gerlach, Behn und Biegler, den Stadtrat zu ersuchen, die Errichtung eines Gewerbegerichts für den Stadtbezirk Aue möglichst bald in die Wege zu leiten.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Nach der Stadtverordneten-Sitzung soll, wenn noch genügend Zeit vorhanden ist, noch eine öffentliche gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Körperchaften abgehalten werden, in der die Wasserwerksordnung beraten werden soll.